

**PB.S-01** Kapitel 3: Solidarität sichern

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 16.03.2021  
Tagesordnungspunkt: PB-S Kapitel 3: Solidarität sichern

- 1 Die Pandemie hat uns gezeigt, was eine Gesellschaft stark macht – dass man sich
- 2 unterhakt
- 3 und einander vertraut. Sie hat uns spüren lassen, wie kostbar Gemeinsamkeit für
- 4 unser
- 5 individuelles Glück ist, wie sehr wir andere Menschen brauchen und wie groß die
- 6 Gefahr ist,
- 7 wenn eine Gesellschaft auseinanderdriftet. Diese alte und doch noch mal neu erlebte
- 8 Erfahrung ist Auftrag, Solidarität und Schutz in konkrete, bessere Politik zu übersetzen.
- 9 Wir wollen alles dafür tun, die Bedingungen für ein gutes Leben – von Kindesbeinen an
- 10 – zu
- 11 verbessern: materielle Sicherheit, Chancen und Teilhabe zu garantieren und ein
- 12 Sicherheitsversprechen zu geben, das umso stärker ist, je mehr Unterstützung
- 13 gebraucht wird.
- 14 Freiheitsrechte bleiben ein Privileg von wenigen, wenn die sozialen Voraussetzungen
- 15 dafür
- 16 nicht für alle gewährleistet werden. Gesellschaften ohne existenzielle Not sind
- 17 krisenfester, solidarische und gleichberechtigte Gesellschaften stärker.
- 18 Corona hat uns schonungslos die Stärken und Schwächen unseres Sozialstaates vor
- 19 Augen
- 20 geführt: wie wichtig ein robustes Gesundheitssystem für alle ist. Wie zentral eine
- 21 Wirtschaftskraft ist, die für gesellschaftlichen Wohlstand und damit einen Sozialstaat
- 22 sorgt, der Menschen bei Jobverlust oder Wirtschaftseinbruch vor Obdachlosigkeit
- 23 bewahrt. Sie
- 24 hat aber zugleich bestehende Ungleichheiten verschärft. Wer arm ist, wird schneller
- 25 krank.
- 26 Frauen tragen eine besondere Last in den systemrelevanten Berufen der Pflege, der
- Erziehung
- und im Einzelhandel, sind aber deutlich schlechter bezahlt und in
- Entscheidungsprozessen
- weniger repräsentiert. Selbständige, die ohnehin schon größere Risiken eingehen,
- stürzen
- ohne Verdienst in Existenzangst oder -not. Wer die Kinder allein erzieht, ist durch
- Kinderbetreuung, Homeschooling und Homeoffice noch mal mehr gefordert. Die
- Pandemie hat uns
- auf unsere individuellen Lebensumstände zurückgeworfen. Wenn die Wohnung eng ist,
- der Garten
- fehlt, aber die Schwimmhalle dicht ist, ist es dreifach schwer. Einsamkeit wird größer.
- Jetzt ist die Zeit, die richtigen Lehren zu ziehen. Der Weg aus der Pandemie muss zu
- einem
- neuen sozialen Sicherheitsversprechen führen. Wir wollen Schritt für Schritt die
- sozialen
- Systeme so verändern, dass sie allen Menschen Sicherheit und Halt geben, auch in

## Zeiten

- 27 persönlicher und gesellschaftlicher Umbrüche, und ihnen Teilhabe ermöglichen. Unsere
- 28 Bibliotheken und Bolzplätze, Sport- und Musikvereine, Theater und Jugendzentren –  
kurz,
- 29 unsere öffentlichen und sozialen Orte – sollten zu den schönsten und stärksten  
Räumen des
- 30 Miteinanders werden.
- 31 Glück und Chancen dürfen nicht davon abhängen, ob man im Norden oder Süden,  
Osten oder
- 32 Westen, in der Stadt oder auf dem Land lebt, entsprechend sind gleichwertige  
33 Lebensverhältnisse Verfassungsgrundsatz. Wir setzen alles daran, aus diesem oftmals  
noch
- 34 unerfüllten Anspruch Realität zu machen. Wer auf dem Land wohnt, braucht genauso  
einen
- 35 Zugang zu Ärzt\*innen, schnellem Internet, öffentlicher Daseinsvorsorge wie  
Städter\*innen.
- 36 Und wer in der Stadt lebt, muss auch dort guten und bezahlbaren Wohnraum finden  
können.
- 37 Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit und für viele Menschen, viele Familien bis  
weit in
- 38 die Mittelschicht hinein eine der Existenz.
- 39 Unser Gesundheitssystem soll allen eine gleichwertige Gesundheitsversorgung  
garantieren,
- 40 aber es klaffen Lücken: Gesundheitsämter wurden kaputtgespart, in Krankenhäusern  
und der
- 41 Verwaltung fehlt Personal, die, die da sind, arbeiten am Anschlag. Wir wollen die  
Vorzeichen
- 42 ändern und Vorsorge zum Leitprinzip machen: Kliniken sollen ihrem gesellschaftlichen  
Auftrag
- 43 entsprechend finanziert werden, auch auf dem Land braucht es Zugang zu  
Geburtshilfe und
- 44 Notfallhilfen. In der Pflege setzen wir uns ein für bessere Arbeitsbedingungen, mehr  
45 Personal, Sicherheit für Menschen, die Pflege benötigen, und für diejenigen, die  
Angehörige
- 46 oder Freund\*innen pflegen.
- 47 Digitalisierung, globaler Wettbewerb und der nötige Umbau der Wirtschaft bedeuten  
für viele
- 48 Menschen große Veränderungen, die mit der Angst vor Verlusten einhergehen. Aber  
Angst lähmt
- 49 und macht mürbe. Menschen benötigen auch im Übergang Sicherheit. Es gilt die  
Risiken
- 50 abzusichern und Perspektiven zu geben, etwa durch eine Arbeitsversicherung und  
durch
- 51 Weiterbildung. Starke Tarifpartner, starke Gewerkschaften und demokratische  
Mitbestimmung
- 52 können ebenfalls dazu beitragen, die großen Herausforderungen beim Übergang in  
eine sozial-
- 53 ökologische Marktwirtschaft gemeinsam zu bewältigen. Wir werden zeigen, dass  
Transformation

54 und Digitalisierung hin zu einem klimagerechten Wohlstand zukunftsfähige Jobs  
55 schaffen, mit  
56 guten Arbeitsbedingungen und gerecht verteilter Arbeit.

## 56 **Wir fördern Kinder, Jugendliche und Familien**

### 57 **Kinder in den Mittelpunkt**

58 Kinder müssen sich bestmöglich und frei entfalten können. Dabei haben sie ein Recht  
59 auf  
60 besonderen Schutz, Förderung und Beteiligung. Kinder sind keine kleinen  
61 Erwachsenen, sondern  
62 haben ganz eigene Bedürfnisse, die bei Entscheidungen angehört, mitgedacht und  
63 abgewogen  
64 werden müssen. Wir werden deshalb sicherstellen, dass das Wohl von Kindern bei  
65 staatlichen  
66 Entscheidungen ein größeres Gewicht bekommt. Deshalb müssen starke Kinderrechte  
67 entlang der  
68 Grundprinzipien der UN-Kinderrechtskonvention ins Grundgesetz. Mit einem  
69 Nationalen  
70 Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung wollen wir sicherstellen, dass alle Kinder  
71 und  
72 Jugendlichen über ihre Rechte informiert sind und unabhängig vom soziokulturellen  
73 Hintergrund, altersgerecht und niedrigschwellig Beteiligung leben können. Die  
74 Jugendarbeit  
75 spielt hierbei eine wichtige Rolle, darum wollen wir die Jugendverbände mit einem  
76 Verbandsklagerecht gegenüber Kommunen stärken. Werdende Demokrat\*innen  
77 brauchen Mitmach- und  
78 Medienkompetenz sowie politische Bildung, die wir als Querschnittsaufgaben in Kitas,  
79 Schulen  
80 und Jugendhilfe konzeptionell und finanziell stärken. Beim Aufbau oder der Auswahl  
81 von  
82 Angeboten im Sozialraum, bei allen Bau- und Wohnumfeldmaßnahmen, die Kinder und  
83 Jugendliche  
84 betreffen, werden wir sie beteiligen, ihr Wohl sichern und dies im Baugesetzbuch  
85 berücksichtigen.

### 74 **Eine Kindergrundsicherung gegen Kinderarmut**

75 In einem reichen Land wie Deutschland darf kein Kind in Armut aufwachsen – doch vor  
76 allem  
77 bei Alleinerziehenden oder Geringverdienenden mit Kindern reicht das Geld oft vorn  
78 und  
79 hinten nicht. Jedes Kind verdient unsere Unterstützung. Daher wollen wir Familien  
80 stärken  
81 mit einer einfachen und gerechten Kinder- und Familienförderung: der  
82 Kindergrundsicherung.  
83 Unser Vorschlag: Kindergeld, Kinderzuschlag, das Sozialgeld für Kinder und die Bedarfe  
84 für  
85 Bildung und Teilhabe in eine neue eigenständige Leistung zusammenzufassen. Mit der

81 Kindergrundsicherung bekommt jedes Kind einen festen Garantie-Betrag, Kinder in  
82 Familien mit  
83 geringen oder gar keinem Einkommen bekommen zusätzlich noch einen GarantiePlus-  
84 Betrag. Je  
85 niedriger das Familieneinkommen, desto höher der GarantiePlus-Betrag. Nach  
86 einmaliger  
87 Beantragung bei Geburt wird die Höhe der Kindergrundsicherung automatisch  
88 berechnet und  
89 ausgezahlt. So kommt die Kindergrundsicherung garantiert bei jedem Kind an und  
90 Schritt für  
91 Schritt beenden wir Kinderarmut. Sie ist gerecht, denn Kinder, die mehr brauchen,  
92 bekommen  
93 auch mehr. Die Kindergrundsicherung verbinden wir mit einer Neuermittlung dessen,  
94 was Kinder  
95 zum Leben brauchen.

## 89 **Kinder- und Jugendhilfe für alle Kinder**

90 Ob Kita, Hortbetreuung, Familienberatung, Hilfen zur Erziehung oder Angebote der  
91 Jugendarbeit – die Kinder- und Jugendhilfe begleitet Familien beim Aufwachsen der  
92 Kinder.  
93 Sozialarbeiter\*innen und Pädagog\*innen leisten dabei unter hohem Zeit- und  
94 Arbeitsdruck  
95 Enormes. Durch gesetzliche Vorgaben zur Personalplanung wollen wir für besser  
96 ausgestattete  
97 Jugendämter und Entlastung der Fachkräfte sorgen. Leistungsansprüche von Kindern  
98 und  
99 Jugendlichen mit körperlichen und geistigen Behinderungen werden bisher in einem  
100 eigenen  
101 Sozialgesetzbuch für Menschen mit Behinderungen geregelt. Das grenzt aus. Mit  
102 einem  
103 Bundesinklusionsgesetz soll sichergestellt werden, dass alle Angebote der Kinder- und  
104 Jugendhilfe künftig so ausgestaltet sind, dass sie sich auch an Kinder und Jugendliche  
105 mit  
106 Behinderungen und ihre Eltern richten. Wir wollen auf dem eingeschlagenen Weg hin  
107 zu einem  
108 inklusiven SGB VIII zügiger voranschreiten. Daher werden wir die Länder und  
109 Kommunen, die  
110 bereits vor Umsetzung des Bundesinklusionsgesetzes alle Kinder unter dem Dach der  
111 Jugendhilfe vereinen wollen, mit einem Bundesmodellprogramm unterstützen. So  
112 können  
113 wertvolle Anregungen für den bundesweiten Umstrukturierungsprozess gewonnen  
114 werden.

## 104 **Teilhabe und Schutz in der digitalen Welt**

105 Kinder und Jugendliche wachsen als Digital Natives auf, sie sollen sicher und  
106 selbstbestimmt  
107 mit Tablets, Smartphones und Co. umgehen können. Wir stärken die digitale Bildung  
108 als  
109 Gemeinschaftsaufgabe von Eltern, Kitas, Schulen und der Jugendhilfe, mit

Fortbildungen für  
108 Fachkräfte und Unterstützungsangeboten für Eltern. Alle sollen digitale Kompetenzen  
erwerben  
109 können, das geht nur mit entsprechender Hardware: Kinder in Familien im Hartz-IV-  
oder  
110 Kinderzuschlags-Bezug sollen für die Schule einen Laptop erhalten, wenn sie diesen  
111 benötigen. Kinder und Jugendliche brauchen im Netz besonderen Schutz vor Straftaten  
wie  
112 Hassrede, Cybergrooming oder sexualisierter Gewalt, dem Mobbing im Netz wollen wir  
einen  
113 Riegel verschieben. Dafür setzen wir auf eine Präventionsstrategie, mit  
verpflichtenden  
114 sicheren Voreinstellungen für Plattformen und leicht auffindbaren  
Beschwerdemöglichkeiten.  
115 Vor kommerziellem Sammeln ihrer Daten durch private Anbieter werden wir Kinder  
schützen.

## 116 **Kinder vor sexualisierter Gewalt schützen**

117 Für viele Kinder und Jugendliche ist sexualisierte Gewalt leidvoller Alltag. Dagegen  
gehen  
118 wir hart vor – mit starker Prävention, konsequenter Strafverfolgung und einem  
Maßnahmenpaket  
119 zur Qualitätssicherung und zum Kinderschutz in familiengerichtlichen Verfahren. Das  
oberste  
120 Ziel ist es, Taten zu verhindern. Dafür braucht es Aufklärung, Qualifizierung und  
gelebte  
121 Schutzkonzepte überall dort, wo Kinder und Jugendliche sich aufhalten und betreut  
werden.  
122 Basiswissen über Kinderrechte, insbesondere Beteiligung, Schutz bei  
Kindeswohlgefährdung und  
123 Missbrauch gehören in die Curricula für Jura, Medizin, Pädagogik und Polizei. Die  
124 Fortbildungspflicht für Familienrichter\*innen und die Anforderungen an die  
Qualifikation von  
125 Verfahrensbeiständen sind klar gesetzlich zu regeln. Die wichtige Arbeit des  
Unabhängigen  
126 Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs werden wir auf eine  
gesetzliche  
127 Grundlage stellen und damit dauerhaft absichern. Wir werden bundesweit  
spezialisierte  
128 Fachberatungsstellen und telefonische sowie Online-Beratungsangebote finanziell  
absichern.

## 129 **Mehr Zeit für Familien**

130 Den Kopf frei haben für die Familie, die Kinder, auch wenn sie krank sind, das ist unser  
131 Ziel. Mit der KinderZeit Plus wollen wir das Elterngeld auf 24 Monate ausweiten: pro  
132 Elternteil je acht Monate, weitere acht Monate können flexibel untereinander aufgeteilt  
133 werden. Wird die KinderZeit Plus Teilzeit in Anspruch genommen, verlängert dies  
entsprechend

134 den Bezugszeitraum. Sie kann bis zum 14. Geburtstag des Kindes genommen werden,  
denn auch  
135 bei älteren Kindern kann mehr Aufmerksamkeit nötig sein. Wir unterstützen Eltern  
dabei,  
136 Familie und Arbeit mit einer neuen Arbeitszeitkultur und einem flexiblen  
Vollzeitkorridor in  
137 eine ausgewogene Balance zu bringen, Familienarbeit partnerschaftlich zu teilen und  
138 Teilzeitfallen zu vermeiden. Niemand soll sich zwischen Kind und Job entscheiden  
müssen,  
139 darum soll der Anspruch auf ein Kinderkrankengeld auf 15 Tage im Jahr pro Kind und  
140 Elternteil steigen, Alleinerziehende bekommen 30 Tage. Weil gerade in den ersten  
beiden  
141 Lebensjahren viele Infekte mitgenommen werden, sollte es in dieser Zeit einen  
zusätzlichen  
142 erhöhten Anspruch auf Kinderkrankengeld geben. Die Altersgrenze wollen wir auch  
hier auf 14  
143 Jahre anheben, ein ärztliches Attest wird erst ab dem vierten Erkrankungstag des  
Kindes  
144 verpflichtend. Für die besondere Zeit direkt nach der Geburt wollen wir neben dem  
145 Mutterschutz auch für den zweiten Elternteil eine 14-tägige Freistellung einrichten.

### 146 **Alleinerziehenden den Rücken stärken**

147 Alleinerziehende leisten enorm viel und sind dennoch besonders oft von Armut  
bedroht. Mit  
148 der Kindergrundsicherung helfen wir mehrfach: Mit der Neuermittlung der  
Mindestbedarfe von  
149 Kindern steigt auch der Mindestunterhalt. Und anders als beim heutigen Kindergeld  
soll nur  
150 die Hälfte auf den Unterhaltsvorschuss angerechnet werden. Nach einer Trennung soll  
es bei  
151 der Betreuung nicht zusätzlich knirschen, darum werden Mehrkosten für die Ausübung  
des  
152 Umgangs, egal nach welchem Modell, angemessen berücksichtigt. Für Eltern im  
153 Grundsicherungsbezug wollen wir einen Umgangsmehrbedarf einführen. Ob wichtiger  
Abendtermin  
154 im Job, ein Beratungsgespräch oder Arztbesuch – Kinder können und sollten nicht  
immer dabei  
155 sein. Es gilt, familienunterstützende Dienstleistungen zu fördern, zum Beispiel für  
156 ergänzende Kinderbetreuung oder haushaltsnahe Dienstleistungen. Das gilt besonders  
im  
157 Krankheitsfall, denn Kinder und Haushalt müssen trotzdem versorgt sein.

### 158 **Absicherung für alle Familienformen**

159 Ob Patchwork-, Stief- oder Regenbogenfamilie – Familien sind vielfältig und diese  
Vielfalt  
160 muss ein modernes Familienrecht auch abbilden. Soziale Eltern übernehmen innerhalb  
der  
161 Familie oft Verantwortung und sind wichtige Wegbegleiter. Rechtlich gesehen sind sie  
aber

162 auch nach Jahren Außenstehende für ihr Kind: Im Kindergarten, in der Schule oder bei  
163 Ärzt\*innen ist es nicht vorgesehen, dass sie Entscheidungen für ihre Kinder treffen. Mit  
der  
164 Weiterentwicklung des „kleinen Sorgerechts“ hin zu einer elterlichen  
Mitverantwortung, die  
165 auf Antrag beim Jugendamt auf bis zu zwei weitere Erwachsene übertragen werden  
kann, geben  
166 wir allen Beteiligten mehr Sicherheit. Zwei-Mütter-Familien sollen nicht mehr durch das  
167 langwierige Stiefkindadoptionsverfahren müssen, darum streben wir an, das  
Abstammungsrecht  
168 zu reformieren, sodass die Co-Mutter analog zu Vätern in heterosexuellen Ehen  
automatisch  
169 als zweites rechtliches Elternteil gilt. Bei Kinderwunsch sollen auch nichteheliche  
170 Lebensgemeinschaften und lesbische Paare die Möglichkeit einer Kostenerstattung für  
die  
171 künstliche Befruchtung erhalten. Verantwortung wird nicht nur da füreinander  
übernommen, wo  
172 Kinder sind. Mit dem Pakt für das Zusammenleben werden wir eine neue Rechtsform  
schaffen,  
173 die das Zusammenleben zweier Menschen, die füreinander Verantwortung  
übernehmen, unabhängig  
174 von der Ehe rechtlich absichert.

## 175 **Wir sorgen für gute Arbeit und faire Löhne**

### 176 **Mindestlohn anheben**

177 Arbeit muss gerecht bezahlt werden. Und die Menschen brauchen gute  
Arbeitsbedingungen. Aber  
178 in unserem reichen Land arbeiten noch immer Millionen Menschen im  
Niedriglohnsektor mit  
179 schlechten Löhnen und unsicheren Beschäftigungsverhältnissen. Besonders oft sind  
davon  
180 Frauen betroffen. Das wollen wir ändern. Den gesetzlichen Mindestlohn werden wir  
sofort auf  
181 12 Euro anheben. Für weitere Erhöhungen soll die Mindestlohnkommission den Auftrag  
bekommen,  
182 dass der Mindestlohn wirksam vor Armut schützen und mindestens der Entwicklung  
der  
183 Tariflöhne entsprechen muss. Leiharbeiter\*innen sollen vom ersten Tag an den  
gleichen Lohn  
184 für gleiche Arbeit bekommen wie Stammbeschäftigte – plus Flexibilitätsprämie. Ohne  
185 sachlichen Grund dürfen Arbeitsverträge nicht mehr befristet werden. Gegen den  
vielfachen  
186 Missbrauch von Werkverträgen und die Abwälzung unternehmerischer Verantwortung  
mittels  
187 Subunternehmerketten gehen wir ordnungspolitisch vor. Wir wollen den Arbeitsschutz  
stärken,  
188 damit er wirksam vor Stress, Burn-out und Entgrenzung der Arbeit schützt. Mobbing

und

189 Diskriminierung am Arbeitsplatz nehmen wir ernst und wollen besser davor schützen.

## 190 **Vollbeschäftigung schaffen**

191 Wir wollen allen Menschen ermöglichen, am Arbeitsleben teilzuhaben, denn ein guter  
192 Arbeitsplatz ist eine wichtige Quelle für Einkommen, Anerkennung und  
Selbstverwirklichung.

193 Dazu müssen wir gute und sichere Jobs schaffen. Wir wollen die Beschäftigung weiter  
erhöhen

194 und damit auch verhindern, dass Corona langfristige Spuren am Arbeitsmarkt  
hinterlässt. Mit

195 dauerhaft höheren öffentlichen Investitionen, mehr Gründungsgeist und Forschung  
sowie

196 Innovation wollen wir ein Umfeld für viele neue Jobs schaffen. Der deutsche  
Arbeitsmarkt war

197 dabei in den letzten Jahren gespalten: Fachkräftemangel und deutliche  
Lohnsteigerungen für

198 Hochqualifizierte in einigen Branchen, prekäre Beschäftigung, unfreiwillige Teilzeit und  
199 stagnierende Reallöhne in anderen. Dem wollen wir mit einer sozial gerechten  
Arbeitspolitik

200 entgegenzutreten. Damit sorgen wir für gute Löhne und trocken den Niedriglohnsektor  
201 mittelfristig aus. Langzeitarbeitslose brauchen eine besonders intensive Betreuung  
durch die

202 Arbeitsagentur, für Menschen ohne Perspektiven am ersten Arbeitsmarkt schaffen wir  
einen

203 dauerhaften sozialen Arbeitsmarkt.

## 204 **Sozialpartnerschaft stärken, Tarifbindung erhöhen**

205 Die Sozialpartnerschaft, Tarifverträge und Mitbestimmung sind Eckpfeiler der sozialen  
206 Marktwirtschaft. Sie haben unser Land stark gemacht. Da, wo sie gelten, sorgen sie  
meistens

207 für anständige Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Wir wollen, dass Tarifverträge und  
starke

208 Mitbestimmung wieder für mehr anstatt für immer weniger Beschäftigte und Betriebe  
gelten.

209 Bei der öffentlichen Vergabe sollen im Einklang mit europäischem Recht die  
Unternehmen zum

210 Zug kommen, die tarifgebunden sind oder mindestens Tariflöhne zahlen. Dafür setzen  
wir auf

211 ein Bundestariftreuegesetz. Zudem wollen wir es leichter machen, Tarifverträge für  
212 allgemeinverbindlich zu erklären, damit sie für alle in einer Branche gelten.

Betriebsräte,

213 die sich für Mitarbeiter\*innen einsetzen, brauchen auch selbst mehr Schutz. Gleiches  
gilt

214 auch für die Beschäftigten, die erstmals einen Betriebsrat gründen wollen. Die

215 Mitbestimmungsrechte wollen wir ausbauen und modernisieren, wenn es um die

216 Personalentwicklung, die Stärkung von Frauen und die Verbesserung der Klimabilanz  
im

217 Unternehmen geht. Der Wandel der Arbeitswelt, den Digitalisierung und ökologische



218 Transformation mit sich bringen, muss gemeinsam mit den Beschäftigten im Betrieb  
gestaltet  
219 werden.

## 220 **Selbstbestimmter arbeiten, digitale Chancen nutzen**

221 Wir wollen Beschäftigte dabei unterstützen, ihre Arbeit besser an ihr Familien- und  
222 Privatleben anzupassen. Eine moderne Arbeitswelt bedeutet für uns auch mehr  
Mitsprache bei  
223 Ort, Lage und Umfang der Arbeit. In der Corona-Krise wurde das Arbeiten von zu  
Hause zu  
224 einer weit verbreiteten Erfahrung, für viele verbunden mit mehr Eigenständigkeit und  
weniger  
225 Stress, wenn etwa das lange Pendeln wegfiel. Für andere aber auch zur echten  
Belastungsprobe  
226 – wenn zu Hause Arbeitszimmer, Arbeitsschutz und auch Kolleg\*innen fehlen.  
Homeoffice kann  
227 zudem auch zur Entgrenzung von Arbeit und zum Abbau des bisherigen Arbeitsortes  
außerhalb  
228 der eigenen vier Wände führen. Die Möglichkeit zur Selbstbestimmung im Arbeitsleben  
wollen  
229 wir daher erhalten und stärken, indem wir ein Recht auf Homeoffice einführen – mit  
Blick auf  
230 betriebliche Möglichkeiten, aber auch mit strikten Schutzkriterien versehen. Ein  
231 Arbeitsplatz im Unternehmen muss aber ebenfalls allen zur Verfügung stehen.

## 232 **Mehr Freiraum bei der Arbeitszeit**

233 Ob im Büro, in der Pflege oder auf Montage – für viele Menschen ist der körperliche  
oder  
234 psychische Druck durch Arbeit gewachsen. Gleichzeitig ist Zeit zu haben – für sich  
selbst  
235 oder die Familie – für viele Menschen ein immer größerer Wert. Kürzere Arbeitszeiten,  
wie  
236 beispielsweise die IG Metall sie als Beitrag zur Bewältigung des Strukturwandels in der  
237 Automobilbranche vorgeschlagen hat, können eine Chance sein, Arbeit gerechter zu  
verteilen,  
238 Arbeitsplätze zu sichern und Arbeitnehmer\*innen zu entlasten. Wir wollen Beschäftigte  
in der  
239 Pflege, in der die Belastung besonders hoch ist, mit besseren Arbeitsbedingungen  
240 unterstützen und deshalb die 35-Stunden-Woche einführen. Darüber hinaus wollen wir  
die  
241 Möglichkeiten aller Arbeitnehmer\*innen, selbst flexibler über die eigene Arbeitszeit zu  
242 bestimmen – gerade um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern –,  
verbessern.  
243 Dafür wollen wir die starre Vollzeit zu einer Wahlarbeitszeit zwischen 30 und 40  
Stunden bei  
244 flexiblem Arbeitszeitkorridor umgestalten. Versuche, das Arbeitszeitgesetz zum  
Nachteil der  
245 Arbeitnehmer\*innen aufzuweichen, lehnen wir ab. Die europäische Arbeitszeitrichtlinie

wollen  
246 wir konsequent umsetzen.

## 247 **Arbeitsversicherung stärkt Chancen**

248 Wir wollen die Arbeitsmarktpolitik auf die Zukunft ausrichten und die  
249 Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung umbauen. Zentral dafür ist ein  
250 Rechtsanspruch auf Weiterbildung und die Stärkung der beruflichen Qualifikation. In  
251 einer Welt, in der häufige Berufswechsel für viele Menschen Normalität sind und man nicht  
252 mehr automatisch 40 Jahre im gleichen Betrieb arbeitet, brauchen alle Menschen  
253 Anlaufstellen und Unterstützung, um ihr Berufsleben selbstbestimmt zu gestalten. Überall dort, wo es  
254 eine Arbeitsagentur gibt, sollen Bildungsagenturen zentrale Anlaufstellen werden und  
255 Menschen bei der Neuorientierung unterstützen, Weiterbildungsberatung und -förderung sollen  
256 damit vereinfacht werden. Den Zugang zur Arbeitsversicherung werden wir deutlich  
257 erleichtern und bereits ab vier Monaten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung einen Anspruch  
258 auf Arbeitslosengeld einführen. Auch selbständige Berufstätigkeit muss sozial besser  
259 abgesichert werden. Dafür vereinfachen wir den Zugang zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung  
260 und schaffen eine Zugangsmöglichkeit für alle Selbständigen auch mit Wahlтарifen. Wir  
261 wollen Gründungen aus Phasen der Arbeitslosigkeit heraus besser fördern und durch die Krise  
262 zurückgeworfene junge Berufsanfänger\*innen mit einem Einstiegszuschuss eine  
263 Brücke in den Arbeitsmarkt bauen.

## 264 **Besserer Schutz bei online vermittelter Arbeit**

265 Vom Handwerkerdienst über Software-Entwicklung bis zur Reinigung – immer mehr  
266 Dienstleistungen werden über Online-Plattformen vermittelt (Gig-Working) oder finden  
267 sogar ortsunabhängig in der Cloud statt (Crowd-Working). Die Digitalisierung von Tätigkeiten  
268 und die digitale Vermittlung von Arbeit bergen viele neue Chancen. Aber Arbeitsrecht und  
269 Arbeitsschutz müssen an die Onlinewelt angepasst werden, damit daraus nicht neue  
270 Formen von Ausbeutung und Abhängigkeiten entstehen. Wir wollen Scheinselbständigkeit  
271 verhindern, indem wir bei der Abgrenzung zwischen selbständiger Tätigkeit und abhängiger  
272 Beschäftigung für mehr Rechts- und Planungssicherheit sorgen. Wenn der/die Auftragnehmer\*in einer  
273 Plattform

273 angibt, einen Arbeitnehmerstatus zu haben, soll künftig der/die Auftraggeber\*in  
beweisen,  
274 dass dem nicht so ist. Unfares Preis-Dumping gilt es durch ein Mindesthonorar für  
275 zeitbasierte Dienstleistungen zu unterbinden. Arbeitnehmerähnliche Personen und  
Solo-  
276 Selbständige, die für Plattformen tätig werden, sollen sich künftig leichter tariflich  
277 organisieren können, und branchenspezifisch sollen weitere verbindliche  
Honoraruntergrenzen  
278 vereinbart werden können, die auch für allgemeinverbindlich erklärt werden können.  
279 Plattformbetreiber tragen eine Verantwortung für ihre Auftragnehmer\*innen. Wir  
wollen mit  
280 klaren Mindeststandards beim Arbeits- und Datenschutz und bei den allgemeinen  
281 Geschäftsbedingungen für Fairplay bei der Plattformökonomie sorgen.

## 282 **Faire Arbeitsbedingungen für Beschäftigte aus europäischen** 283 **Nachbarstaaten**

284 In jedem europäischen Nachbarland arbeiten zu können, das ist eine der großen  
285 Errungenschaften unseres vereinten Europas. Was in hochqualifizierten Berufen viel  
Freiheit  
286 gebracht hat, führte in manchen Dienstleistungsbereichen zu ausbeuterischen  
287 Arbeitsrealitäten. Missstände in den deutschen Schlachthöfen haben das  
schlaglichtartig  
288 gezeigt. Doch auch anderswo, zum Beispiel auf dem Bau oder in der Pflege, herrschen  
vielfach  
289 ausbeuterische Verhältnisse. Wir wollen, dass alle Beschäftigten – egal, wie lange sie  
hier  
290 arbeiten – genauso gut bezahlt und abgesichert sind wie ihre deutschen Kolleg\*innen.  
Dafür  
291 braucht es ein wirksames Vorgehen gegen Schwarzarbeit und Scheinselbständigkeit,  
ein  
292 Verbandsklagerecht der Gewerkschaften, eine europäische  
Sozialversicherungsnummer, höhere  
293 Mindeststandards für Unterkünfte von entsandten Beschäftigten, eine bessere  
Regulierung der  
294 Vermittlungsagenturen und mehr Kontrolle durch eine gestärkte Europäische  
Arbeitsbehörde.  
295 Arbeitnehmer\*innen aus anderen EU-Staaten müssen besser über ihre Rechte  
informiert werden.

## 296 **Wir schaffen Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern**

### 297 **Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit**

298 Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, von dieser Selbstverständlichkeit sind wir  
immer  
299 noch weit entfernt. Durchschnittlich verdienen Frauen im gesamten Erwerbsleben etwa  
nur halb  
300 so viel wie Männer, was sich auch in ihrer ungenügenden Alterssicherung bemerkbar  
macht. Wir

301 werden ein effektives Entgeltgleichheitsgesetz einführen, das auch für kleine Betriebe  
gilt  
302 und die Unternehmen verpflichtet, von sich aus über die Bezahlung von Frauen und  
Männern und  
303 über ihre Maßnahmen zum Schließen des eigenen Pay-Gaps zu berichten. Dieses  
Gesetz muss auch  
304 ein wirksames Verbandsklagerecht enthalten, damit bei strukturellen  
Benachteiligungen auch  
305 Verbände die Klage übernehmen können und die Betroffenen nicht auf sich allein  
gestellt  
306 sind. Lohncheckverfahren können Diskriminierungen aufdecken. Deshalb werden wir  
307 Tarifpartner\*innen und Unternehmen verpflichten, alle Lohnstrukturen auf  
Diskriminierung zu  
308 überprüfen. Wir setzen uns dafür ein, dass Berufe, die vor allem von Frauen ausgeübt  
werden,  
309 eine höhere Wertschätzung erfahren als bisher, zum Beispiel in Form besserer  
310 Arbeitsbedingungen, besserer Bezahlung oder besserer Vereinbarkeit von Familie und  
Beruf.

### 311 **Wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen stärken**

312 Um das eigene Leben selbst gestalten zu können, ist es vielen Frauen wichtig,  
wirtschaftlich  
313 unabhängig zu sein. Deshalb müssen Steine, die dies behindern, aus dem Weg  
geräumt werden.  
314 Wir wollen für eine eigenständige Absicherung in allen Lebensphasen sorgen – von der  
315 Berufswahl bis zur Rente. Minijobs, mit Ausnahmen für Studierende, Schüler\*innen und  
316 Rentner\*innen, wollen wir in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführen  
und  
317 Regelungen für haushaltsnahe Dienstleistungen schaffen. Das durch enge  
Rollenerwartungen  
318 eingeschränkte Berufswahlverhalten von Mädchen und Jungen wollen wir durch eine  
319 gendersensible Berufsberatung erweitern. Die gläserne Decke, die Frauen am Aufstieg  
hindert,  
320 wollen wir aufbrechen. Dies gelingt auch durch eine kluge Zeitpolitik, die es auch  
321 Partner\*innen erleichtert, Verantwortung in der Familie zu übernehmen und Arbeit  
322 geschlechtergerecht aufzuteilen. Diskriminierungen am Arbeitsmarkt begegnen wir  
mit einem  
323 Verbandsklagerecht, das die Einzelne stärkt, und durch ein echtes Recht auf die  
Rückkehr in  
324 Vollzeit, das auch für kleinere Betriebe gilt.

### 325 **Gleichberechtigung auch bei der Steuer**

326 Das deutsche Steuerrecht steckt noch im letzten Jahrhundert fest. Während sich viele  
Paare  
327 Familien- und Erwerbsarbeit gleichberechtigter aufteilen, als es noch vor Jahren der  
Fall  
328 war, gilt bei der Steuer nach wie vor das Modell eines männlichen Ernährers und einer

Frau,  
329 die höchstens zuverdient und sich hauptsächlich um Haushalt und Kinder kümmert.  
Dieses  
330 Modell ist ungerecht, weil es Ehen privilegiert, Alleinerziehende und nicht verheiratete  
331 Paare außen vor lässt, die Erwerbstätigkeit von Frauen hemmt und Frauen gleichzeitig  
nicht  
332 wirklich absichert. In Krisen bekommen vor allem Frauen die Nachteile zu spüren, zum  
333 Beispiel durch weniger Kurzarbeits- oder Arbeitslosengeld. Im Zusammenspiel mit  
Minijobs und  
334 der kostenlosen Mitversicherung wirken sich diese Maßnahmen negativ auf die  
Erwerbstätigkeit  
335 von Frauen aus. Deshalb wollen wir für neu geschlossene Ehen eine individuelle  
Besteuerung  
336 mit übertragbarem Grundfreibetrag einführen. Bei der Lohnsteuer soll die/der heute  
über  
337 Gebühr belastete Zweitverdiener\*in entlastet werden, indem das Faktorverfahren zur  
Regel und  
338 die Steuerklasse 5 für Zuverdiener\*innen abgeschafft wird. So sorgen wir dafür, dass  
339 gleichberechtigte Lebensentwürfe nicht länger benachteiligt werden. Paare, die bereits  
340 verheiratet sind, können sich entscheiden, ob sie sich einzeln veranlagern oder  
weiterhin das  
341 Ehegattensplitting nutzen wollen. Zugleich stärken wir mit der Kindergrundsicherung  
342 Familien. Alleinerziehende, die heute am stärksten von Armut betroffen sind, entlasten  
wir  
343 mit einer Steuergutschrift.

## 344 **Wir sichern die sozialen Netze**

### 345 **Garantiesicherung statt Hartz IV**

346 Jeder Mensch hat das Recht auf soziale Teilhabe, auf ein würdevolles Leben ohne  
347 Existenzangst. Deswegen wollen wir Hartz IV überwinden und ersetzen es durch eine  
348 Garantiesicherung. Sie schützt vor Armut und garantiert ohne Sanktionen das  
soziokulturelle  
349 Existenzminimum. Sie stärkt so Menschen in Zeiten des Wandels und kann angesichts  
großer  
350 Veränderungen der Arbeitswelt Sicherheit geben und Chancen und Perspektiven für  
ein  
351 selbstbestimmtes Leben eröffnen. Die grüne Garantiesicherung ist eine  
Mindestsicherung, die  
352 nicht stigmatisiert und die einfach und auf Augenhöhe gewährt wird. Sie schafft durch  
die  
353 Abschaffung der bürokratischen Sanktionen Raum und Zeit in den Jobcentern für  
wirkliche  
354 Arbeitsvermittlung und Begleitung. Dafür wollen wir die Regelsätze schrittweise  
anheben,  
355 sodass sie das soziokulturelle Existenzminimum verlässlich sicherstellen. Die  
Leistungen der  
356 Garantiesicherung wollen wir schrittweise individualisieren. Die Anrechnung von

Einkommen

357 werden wir attraktiver gestalten, sodass zusätzliche Erwerbstätigkeit auch in Teilzeit  
zu  
358 einem spürbar höheren Einkommen führt. Vermögen werden künftig unbürokratischer  
und mit  
359 Hilfe einer Selbstauskunft geprüft.

## 360 **Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe für Menschen mit 361 Behinderungen**

362 Menschen mit Behinderungen haben ein Recht darauf, gleichberechtigt wohnen,  
lernen und  
363 arbeiten zu können und die Unterstützung zu wählen, die sie dafür brauchen.  
Leistungen zur  
364 Teilhabe müssen in jeder Phase allgemeiner, beruflicher und hochschulischer Bildung  
gewährt  
365 werden. Wir wollen einen inklusiven Arbeitsmarkt schaffen und dafür  
Arbeitgeber\*innen, die  
366 Menschen mit Behinderungen beschäftigen, besser unterstützen, den Wechsel von  
Werkstätten in  
367 den allgemeinen Arbeitsmarkt fördern und Menschen, die das Budget für Arbeit  
nutzen, in der  
368 Arbeitslosenversicherung absichern. Ziel ist, das Bundesteilhabegesetz  
weiterzuentwickeln  
369 und Teilhabe zu garantieren – kein Poolen von Leistungen gegen den Willen der  
Betroffenen,  
370 echtes Wunsch- und Wahlrecht, Leistungen zur Teilhabe unabhängig von Einkommen  
und Vermögen  
371 der Leistungsberechtigten. Anträge auf Teilhabeleistungen sollen einfach sein und  
372 Entscheidungen im Sinne der behinderten Menschen schnell erfolgen.

## 373 **Gemeinsame soziale Mindeststandards in der EU**

374 Wir treten ein für eine Europäische Union, die soziale Absicherung und  
Mindeststandards  
375 europaweit garantiert. Soziale Rechte müssen den gleichen Stellenwert erhalten wie  
die  
376 wirtschaftlichen Freiheiten des Binnenmarkts. Dafür sind gemeinsame europäische  
Arbeits- und  
377 Sozialstandards essenziell. Wir machen uns für eine europäische  
Grundsicherungsrichtlinie  
378 stark, die soziale Mindeststandards für jedes Land festlegt, angepasst an die jeweilige  
379 ökonomische Situation. Länderspezifische Mindestlöhne sollen überall in Europa dafür  
sorgen,  
380 dass Menschen von ihrer Arbeit leben können. Wir wollen die Europäischen  
Betriebsräte  
381 stärken und die paritätische Mitbestimmung in den Kontroll- und Leitungsorganen  
europäischer  
382 Unternehmen ausbauen, die mehr als 1.000 Beschäftigte haben. Unser langfristiges  
Ziel ist,

383 dass die in der Europäischen Grundrechtecharta verankerten sozialen Rechte als  
Grundrechte  
384 gegenüber den Mitgliedstaaten vor dem Europäischen Gerichtshof einklagbar sind.

### 385 **Eine verlässliche Alterssicherung für alle**

386 Die langfristige Sicherung des Rentenniveaus bei 48 Prozent hat für uns hohe Priorität.  
Bei  
387 einem weiteren Absinken wären immer mehr Menschen auf Grundrente angewiesen  
und die  
388 Akzeptanz der gesetzlichen Rente wäre gefährdet. Um das Rentenniveau zu sichern,  
wollen wir  
389 die Frauenerwerbstätigkeit unter anderem durch ein Rückkehrrecht in Vollzeit erhöhen,  
ein  
390 echtes Einwanderungsgesetz schaffen und die Beschäftigungssituation älterer  
391 Arbeitnehmer\*innen verbessern. Um die Belastungen der Versicherten und der  
Arbeitgeber\*innen  
392 zu begrenzen, sollen bei Bedarf die Steuerzuschüsse erhöht werden. Prekäre  
Beschäftigung  
393 muss überwunden werden, denn nur gute Löhne führen auch zu einer guten Rente. In  
einem  
394 ersten Schritt zu einer Bürgerversicherung sorgen wir dafür, dass anderweitig nicht  
395 abgesicherte Selbständige, denen sonst Altersarmut droht, und Abgeordnete in die  
gesetzliche  
396 Rentenversicherung aufgenommen werden. Um Altersarmut zu verhindern, werden wir  
die  
397 Grundrente reparieren und zu einer echten Garantierente weiterentwickeln.  
Grundsätzlich  
398 halten wir an der Rente mit 67 fest. Wir wollen es Menschen aber leichter machen,  
selbst  
399 darüber zu entscheiden, wann sie in Rente gehen wollen.

### 400 **Ein Bürgerfonds für die Rente**

401 Eine kapitalgedeckte Altersvorsorge kann das Umlagesystem sinnvoll ergänzen. Die  
Riester-  
402 Rente hat sich aber als ein völliger Fehlschlag herausgestellt. Die Produkte sind teuer  
und  
403 undurchschaubar und haben zum Teil eine geringere Rendite als Omas Sparstrumpf.  
Profitabel  
404 sind sie oft nur für die Versicherungswirtschaft oder dank der öffentlichen Förderung.  
405 Deswegen haben bei weitem nicht alle davon Gebrauch gemacht. Wir wollen die  
Riester-Rente  
406 durch einen öffentlich verwalteten Bürgerfonds ersetzen und in diesen überführen.  
Durch den  
407 Bürgerfonds profitieren die Menschen am Wertezuwachs der Wirtschaft. Der Fonds  
kann  
408 langfristig orientiertes Eigenkapital für die Wirtschaft bereitstellen. In den Bürgerfonds  
409 zahlen alle ein, die nicht aktiv widersprechen. So wird ein Volumen geschaffen, das die  
410 Verwaltungskosten gering hält, die Risiken breit streut und auf teure Garantien

verzichten  
411 kann. Der Bürgerfonds wird politisch unabhängig verwaltet und investiert nachhaltig.  
Er  
412 investiert langfristig und hilft so, die Kurzfristorientierung der Märkte zu überwinden.  
Für  
413 Kleinsparer\*innen gewährleistet er eine attraktive Rendite bei überschaubarem Risiko.  
Alle  
414 Arbeitgeber\*innen sollen künftig eine betriebliche Altersvorsorge anbieten und können  
den  
415 Bürgerfonds als Standard dafür nutzen.

## 416 **Wir geben Gesundheit und Pflege einen neuen Wert**

### 417 **Vorsorge als Leitprinzip**

418 Wir wollen den Zugang zu guter Gesundheitsversorgung sicherstellen – aber gute  
419 Gesundheitspolitik setzt schon vorher an. Wer in der Fleischindustrie unter prekären  
420 Bedingungen arbeitet, in einer schimmeligen Wohnung oder an der vielbefahrenen  
Straße wohnt  
421 oder mit Hartz IV in Armut lebt, kann seine Gesundheit nur schwer schützen, hat eine  
höhere  
422 Wahrscheinlichkeit zu erkranken und oft einen schlechteren Zugang zur  
Gesundheitsversorgung.  
423 Für eine gesunde Gesellschaft braucht es eine Politik, die vorsorgt, die die Ursachen  
von  
424 Krankheiten bekämpft und vorausschauend handelt. Statt nur auf die nächste Krise zu  
425 reagieren, sollen in Zukunft durch gemeinsame Gesundheitsziele und eine Ausweitung  
der  
426 Gesundheitsberichterstattung Krankheitsursachen und der Stand der gesundheitlichen  
427 Versorgung in den Blick genommen werden. Prävention, Gesundheitsförderung und  
428 gesundheitliche Versorgung wollen wir grundsätzlich als Querschnittsaufgabe in allen  
429 Politikbereichen verfolgen. Um uns gegen klimawandelbedingte Hitzewellen zu  
wappnen, werden  
430 wir einen Sonderfonds zur Umsetzung von Hitzeaktionsplänen etablieren.

### 431 **Für Pandemien gewappnet sein**

432 Die Corona-Krise hat gezeigt, dass unser Gesundheitssystem für künftige Pandemien  
besser  
433 gewappnet sein muss. Spätestens jetzt ist der Moment, die Krankenhaus- und  
Notfallversorgung  
434 zu reformieren und die Digitalisierung, insbesondere in den Gesundheitsämtern,  
beherzt  
435 voranzutreiben. Um Pandemien zukünftig effektiv und nachvollziehbar zu bekämpfen,  
sollen  
436 Stufen zur Eindämmung von Pandemien im Infektionsschutzgesetz definiert,  
Pandemieschutzpläne  
437 aktualisiert und soll ein unabhängiger und interdisziplinärer Pandemierat eingerichtet  
438 werden. Wir investieren in Gesundheitsforschung, zum Beispiel bei Medikamenten



oder der  
439 Entwicklung neuer Testverfahren. Auch die Produktion von Medikamenten und  
Medizinprodukten  
440 soll – in europäischer Kooperation – vorangetrieben werden, die Versorgung, zum  
Beispiel mit  
441 Atemschutzmasken, durch eigene Produktionsstandorte sichergestellt werden. Auf  
europäischer  
442 Ebene braucht es mehr gemeinsame Strategie und Koordinierung, etwa durch die  
gemeinsame  
443 Planung und Nutzung medizinischer Notfallkapazitäten oder durch ein europäisches  
444 Frühwarnsystem. Daher setzen wir uns für den zügigen Aufbau von HERA ein, einer  
europäischen  
445 Behörde, die künftig staatliche und privatwirtschaftliche Aktivitäten besser  
koordinieren  
446 soll. Das Europäische Zentrum für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten wollen  
wir  
447 stärken und uns für eine engere Kooperation mit nationalen Gesundheitsbehörden  
einsetzen.

#### 448 **Gesundheitsämter stärken**

449 Nicht erst in der Corona-Pandemie wird sichtbar, dass wir als Gesellschaft größere  
450 Anstrengungen unternehmen müssen, um die öffentliche Gesundheit zu stärken und  
Menschen ein  
451 gutes Leben zu ermöglichen. Ob der Besuch bei der mobilen Zahnärzt\*in in der Schule  
oder die  
452 Impfkation im Pflegeheim – für Gesundheitsförderung, die Menschen unkompliziert  
erreicht,  
453 braucht es eine Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes. Unser Ziel ist es, im  
454 Zusammenspiel zwischen den Gesundheitsämtern, universitären Strukturen der  
öffentlichen  
455 Gesundheitsfürsorge und einem neu zu schaffenden Bundesinstitut für Gesundheit  
gemeinsam  
456 eine starke Säule der öffentlichen Gesundheitsfürsorge aufzubauen. Das Institut soll  
457 gemeinsame Gesundheitsziele und Qualitätsvorgaben für die Verbesserung der  
Versorgung  
458 entwickeln und bestehende Strukturen des Bundes zur Förderung der Gesundheit  
bündeln. Bisher  
459 sind die Gesundheitsämter chronisch unterfinanziert und unterbesetzt, die personelle  
und  
460 technische Ausstattung muss dauerhaft verbessert werden. Wir wollen deshalb, dass  
Bund und  
461 Länder gemeinsam dafür sorgen, dass künftig 1 Prozent der gesamten  
Gesundheitsausgaben in  
462 den Öffentlichen Gesundheitsdienst fließt. Amtsärzt\*innen müssen besser bezahlt  
werden. Auch  
463 pflegerische Fachkompetenz soll stärker eingebunden werden – als sogenannte  
Community Health  
464 Nurses oder in der Schulgesundheitspflege.

---

## 465 **Gute gesundheitliche Versorgung in Stadt und Land**

466 Gesundheit ist Daseinsvorsorge. Wir wollen, dass Menschen im ganzen Land gut und  
467 verlässlich  
468 versorgt werden. Wenn mancherorts der Weg zur Hebamme kaum zu bewältigen ist,  
469 die  
470 Kinderstationen Patient\*innen abweisen müssen oder Hausarztpraxen auf dem Land  
471 wegen  
472 fehlendem/-r Nachfolger\*in schließen müssen, gefährdet das die gesundheitliche  
473 Versorgung.  
474 Um die Versorgung in Stadt und Land zu stärken, wollen wir, dass ambulante und  
475 stationäre  
476 Angebote in Zukunft übergreifend geplant werden und Gesundheitsregionen mit enger  
477 Anbindung  
478 an die Kommunen gefördert werden. Perspektivisch soll es eine gemeinsame  
479 Abrechnungssystematik für ambulante und stationäre Leistungen geben. Gleichzeitig  
480 wollen wir  
481 die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen den Gesundheitsberufen stärken. Denn  
482 die  
483 Versorgung muss von den Patient\*innen aus gedacht werden. Dafür wollen wir  
484 insbesondere die  
485 Einrichtung von kommunalen Gesundheitszentren unterstützen, in denen alle  
486 Gesundheitsberufe  
487 auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Die Aufgabenverteilung im Gesundheitswesen  
488 werden wir so  
489 reformieren, dass Gesundheits- und Pflegeberufe mehr Tätigkeiten eigenverantwortlich  
490 übernehmen können. Die Arbeitsbedingungen in und die Vergütung von  
491 Therapieberufen müssen  
492 dringend ihrer wichtigen Rolle im Gesundheitswesen angepasst, das Schulgeld für  
493 diese  
494 Ausbildungen muss abgeschafft werden.

## 482 **Krankenhäuser nach gesellschaftlichem Auftrag finanzieren**

483 In Krankenhäusern sollen alle die Versorgung erhalten, die sie benötigen. Doch falsche  
484 politische Weichenstellungen und der daraus folgende ökonomische Druck haben zu  
485 Fehlanreizen  
486 zu Lasten des Patient\*innenwohls und zu Kosteneinsparungen zu Lasten des Personals  
487 geführt.  
488 Kliniken sollen deshalb in Zukunft nicht mehr nur nach Fallzahl, sondern auch nach  
489 ihrem  
490 gesellschaftlichen Auftrag finanziert werden. Dafür braucht es ein neues  
491 Finanzierungssystem. Wir werden eine Säule der Strukturfinanzierung einführen und  
492 den  
493 verbleibenden fallzahlabhängigen Vergütungsteil reformieren. Vielfach herrscht  
494 Stillstand  
495 bei den Investitionen in die Krankenhäuser. Das wollen wir ändern, indem Bund und  
496 Länder die  
497 Investitionskosten in Zukunft gemeinsam tragen. Der Bund soll dafür die Möglichkeit  
498 haben,

492 gemeinsame bundesweite Grundsätze in der Krankenhausplanung zu definieren.  
Welche Angebote  
493 es vor Ort gibt, darf nicht davon abhängen, was sich rentiert, sondern soll sich danach  
494 richten, was nötig ist. Die beste Qualität kann zumeist durch Spezialisierung  
sichergestellt  
495 werden. Krankenhäuser, die durch fehlende Auslastung die nötige Qualität in einigen  
496 Bereichen nicht gewährleisten können, sollen nicht einfach aufgegeben, sondern zu  
497 leistungsfähigen lokalen Notfall-, Gesundheits- und Pflegezentren weiterentwickelt  
werden.

## 498 **Notfallversorgung reformieren**

499 Wie gut ein Gesundheitssystem funktioniert, zeigt sich oft erst im Notfall – und dann  
wird es  
500 häufig ernst. Damit die Notfallversorgung in Deutschland besser funktioniert, muss  
sich  
501 einiges ändern. Das fängt beim Rettungsdienst an, der Menschen in Not heute  
umfassend  
502 medizinisch behandeln kann und deshalb wie die übrige Gesundheitsversorgung im  
Gesetz  
503 geregelt werden muss. Die Notrufleitstellen der Nummern 112 und 116117 müssen  
504 organisatorisch zusammengeführt werden, damit es im Zweifelsfall keine Rolle spielt,  
wo  
505 Menschen anrufen, sondern sie immer die passende Hilfe bekommen. Auch wollen wir,  
dass  
506 Notaufnahmen gerade nachts und am Wochenende beispielsweise durch kompetente  
Hausärztinnen  
507 und Hausärzte so unterstützt werden, dass auch weniger ernste Fälle gut versorgt  
werden  
508 können. Durch einheitliche Stufen und Vorgaben zur Notfallversorgung wollen wir  
509 sicherstellen, dass Menschen in Not, in der Stadt und auf dem Land, stets die  
erwartbare  
510 Hilfe auch verlässlich vorfinden.

## 511 **Psychotherapieplätze schaffen**

512 Starke Prävention und angemessene Versorgung – für beides wollen wir die Weichen  
stellen,  
513 denn psychische Gesundheit ist Fundament für Lebensqualität und soziale Teilhabe. Es  
ist  
514 nicht zumutbar, dass viele Menschen in einer psychischen Krise monatelang auf  
therapeutische  
515 Hilfe warten müssen. Wer eine psychische Erkrankung hat, braucht schnelle und leicht  
516 zugängliche Hilfen, damit das Leid sich nicht verschlimmert. Wir wollen deshalb  
ambulante  
517 Psychotherapieplätze durch mehr Kassenzulassungen von Psychotherapeut\*innen  
schaffen. Es  
518 braucht eine gemeindenahere und personenzentrierte Versorgung und eine verbesserte  
519 sektorübergreifende Zusammenarbeit. Dabei müssen auch die Besonderheiten der  
Versorgung von  
520 Kindern und Jugendlichen sowie von Frauen, die von Gewalt betroffen sind,

berücksichtigt  
521 werden. Hilfsangebote zwischen ambulanter und stationärer Behandlung müssen  
flexibler werden  
522 und die verschiedenen Berufsgruppen im Team eine miteinander abgestimmte  
Behandlung  
523 übernehmen können. Bei der unzureichenden Reform der Psychotherapie-Ausbildung  
muss  
524 nachgebessert werden, sodass angehende Psychotherapeut\*innen endlich unter guten  
Bedingungen  
525 ausgebildet werden.

## 526 **Geburtshilfe verbessern, Gesundheit von Frauen stärken**

527 Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, sind Verbesserungen bei der  
Geburtshilfe und  
528 eine Unterstützung freiberuflicher Hebammen durch eine Reform der Haftpflicht für  
529 Gesundheitsberufe nötig. Wir wollen das Gesundheitssystem geschlechtergerecht  
machen.  
530 Geschlechtsspezifische Aspekte in Forschung und Ausbildung und in der medizinischen  
Praxis  
531 werden nicht ausreichend berücksichtigt, etwa bei der Medikamentenforschung. Das  
gefährdet  
532 die Gesundheit von Frauen wie auch von Trans\*- und Inter\*-Menschen. Die Forschung  
zu  
533 geschlechtsspezifischer Medizin und Pflege sowie Frauengesundheit muss gestärkt  
und in der  
534 medizinischen und pflegerischen Praxis umgesetzt werden. Mit Hilfe einer Frauenquote  
für  
535 Führungspositionen im Gesundheitswesen und besseren Arbeitsbedingungen holen wir  
mehr Frauen  
536 in die Führungsgremien unseres Gesundheitswesens.

## 537 **Zugang zum Gesundheitssystem sichern, Diskriminierung beenden**

538 Auch im Gesundheitswesen wollen wir Diskriminierung bekämpfen. Beispielsweise  
erhalten  
539 Menschen mit Behinderungen häufig nicht alle dringend benötigten  
Gesundheitsleistungen,  
540 Hilfsmittel oder häusliche Pflege und werden so in ihrer Teilhabe beschränkt. Deshalb  
wollen  
541 wir mit einem ressortübergreifenden Inklusionsplan diese Hürden umfassend abbauen,  
die  
542 Gesundheitsleistungen auf die jeweiligen Bedarfe gezielt ausrichten und bürokratische  
Vorgänge so weit wie möglich reduzieren. Das umfasst auch verpflichtende Vorgaben  
zur  
543 Barrierefreiheit bei der Bedarfsplanung und eine Reform der Heilmittelversorgung.  
Auch für  
544 LSBTIQ\* muss diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung gesichert sein. Dafür  
werden wir

546 den Anspruch auf medizinische Maßnahmen für trans- und intergeschlechtliche  
Menschen  
547 gesetzlich verankern. Die bestehenden Lücken beim Verbot sogenannter  
„Konversionstherapien“  
548 werden wir schließen. Die Blutspende gestalten wir diskriminierungsfrei. Menschen,  
die ohne  
549 Papiere in Deutschland leben, müssen ebenfalls Zugang zu guter gesundheitlicher  
Versorgung  
550 haben, etwa durch einen anonymen Krankenschein, die Abschaffung der Mitteilungs-  
und  
551 Unterrichtungspflichten an öffentlichen Stellen oder die Stärkung von  
Beratungsnetzwerken  
552 für Menschen ohne Papiere.

### 553 **Auf dem Weg zur Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege**

554 Gesetzlich Versicherte warten länger auf Termine bei Fachärzt\*innen, und viele privat  
555 Versicherte können sich die hohen Prämien nicht mehr leisten. Von dieser Zwei-  
Klassen-  
556 Medizin profitieren wenige, zum Nachteil vieler. Unser Ziel ist eine solidarisch  
finanzierte  
557 Bürgerversicherung, in der jede\*r unabhängig vom Einkommen die Versorgung  
bekommt, die er  
558 oder sie braucht. Die Bürgerversicherung bezieht alle in die Finanzierung eines  
559 leistungsstarken Versicherungssystems ein. Auch Beamte, Selbständige,  
Unternehmer\*innen und  
560 Abgeordnete beteiligen sich mit einkommensabhängigen Beiträgen. Neben Löhnen  
und Gehältern  
561 sollen Beiträge auf Kapitaleinkommen erhoben werden. Als ersten Schritt verbessern  
wir die  
562 Versorgung gesetzlich Versicherter – zum Beispiel bei der Erstattung von Brillen.  
Außerdem  
563 wollen wir die Benachteiligung gesetzlich versicherter Beamt\*innen durch einen  
564 beihilfefähigen Tarif beenden und privat Versicherte, die sich nur den Basistarif leisten  
565 können, besser absichern.

### 566 **Digitalisierung verbessert Gesundheitsversorgung**

567 Wir wollen die Chancen der Digitalisierung – ob Robotik zur Unterstützung in der  
Pflege,  
568 Telemedizin oder die elektronische Patientenakte – nutzen, um das Gesundheitssystem  
569 zukunftsfähig zu machen. Per App sollen Patient\*innen sicher auf den digitalen  
Impfpass,  
570 Gesundheitsinformationen wie die eigene Blutgruppe, die Krankheitsgeschichte oder  
die  
571 neuesten Blutwerte zugreifen können. Damit sie den Patient\*innen wirklich nützt,  
muss die  
572 digitale Patientenakte weiterentwickelt werden. Dabei sind unter anderem  
573 Patient\*innenorganisationen stärker einzubinden. Gesundheitsdaten sollen  
anonymisiert der

574 Forschung zur Verfügung gestellt werden, um die Gesundheitsversorgung in  
Deutschland zu  
575 verbessern. Eine Weitergabe der Daten erfolgt dabei nicht gegen den Willen der  
576 Patient\*innen. Ihre eigenen Gesundheitsdaten müssen für Patient\*innen möglichst  
barrierefrei  
577 und sicher zugänglich sein. Die ärztliche Schweigepflicht und das  
Patient\*innengeheimnis  
578 müssen auch für digitalisierte Gesundheitsdaten jederzeit gewahrt bleiben. Um  
579 administrativen Aufwand für medizinisches und pflegerisches Personal zu verringern  
und  
580 Innovationen anzureizen, sollen Hersteller von Medizinprodukten und Software offene  
581 Schnittstellen anbieten.

## 582 **Ambulante Pflege stärken**

583 Wer pflegebedürftig wird, hat die bestmögliche Pflege und Unterstützung für ein  
584 selbstbestimmtes und würdevolles Leben verdient. Gerade in einer alternden  
Gesellschaft  
585 braucht es dafür überall vielfältige, auf den Bedarf vor Ort angepasste pflegerische  
586 Angebote. Statt weiterer Großeinrichtungen sind mehr ambulante Wohn- und  
Pflegeformen nötig  
587 – eingebettet in ein Umfeld, das ältere Menschen dabei unterstützt, aktiv am  
588 gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. So wird die Pflege auch für Angehörige  
einfacher.  
589 Dafür wollen wir die rechtlichen Rahmenbedingungen für Quartierspflege schaffen und  
den  
590 Kommunen ermöglichen, eine verbindliche Pflegebedarfsplanung vorzunehmen, um  
das Angebot an  
591 Pflege vor Ort zu gestalten. Ein Bundesprogramm soll eine Anschubfinanzierung für  
Kommunen  
592 bereitstellen, die sich hier auf den Weg machen. Jemanden zu pflegen verdient unsere  
593 Anerkennung und die Unterstützung der Gesellschaft. Deshalb wollen wir Menschen,  
die  
594 Verantwortung für Angehörige, Nachbar\*innen oder Freund\*innen übernehmen, mit  
der Pflegezeit  
595 Plus besonders unterstützen. Wir ermöglichen damit allen Erwerbstätigen eine bis zu  
596 dreimonatige Freistellung sowie eine Lohnersatzleistung, die befristet auch  
anschließende  
597 Arbeitszeitreduzierungen finanziell abfedert.

## 598 **Eine doppelte Pflegegarantie**

599 Pflegebedürftige und ihre Angehörigen müssen immer mehr eigenes Geld für ihre  
Versorgung  
600 aufbringen. Wir wollen, dass Pflegebedürftige die für sie notwendigen Pflegeleistungen  
601 erhalten, ohne von Armut bedroht zu sein. Mit einer doppelten Pflegegarantie wollen  
wir die  
602 Eigenanteile schnell senken und dauerhaft deckeln. So garantieren wir, dass die selbst  
603 aufzubringenden Kosten verlässlich planbar werden. Die Pflegeversicherung soll alle  
über

604 diesen Betrag hinausgehenden Kosten für eine bedarfsgerechte Pflege tragen. Mit  
einer  
605 solidarischen Pflege-Bürgerversicherung wollen wir dafür sorgen, dass sich alle mit  
606 einkommensabhängigen Beiträgen an der Finanzierung des Pflegerisikos beteiligen.

## 607 **Pflege aus dem Notstand führen, Arbeitsbedingungen im** 608 **Gesundheitswesen verbessern**

609 Pflegekräfte leisten einen unschätzbaren Beitrag für unsere Gesellschaft. Menschen,  
die im  
610 Alter oder bei Krankheit Unterstützung brauchen, wünschen sich zu Recht Pflegekräfte,  
die  
611 sich mit Sorgfalt um sie kümmern können. Dafür brauchen Pflegekräfte Zeit für die  
612 Patient\*innen und gute Arbeitsbedingungen. Das geht nur mit mehr Kolleg\*innen. Wir  
wollen  
613 durch verbindliche Personalbemessung – auch in der Langzeitpflege –, die bessere  
614 Vereinbarkeit von Beruf und Familie, mehr eigenverantwortliche Arbeit von Fachkräften  
und  
615 die Einführung der 35-Stunden-Woche in der Pflege Arbeitsbedingungen schaffen,  
unter denen  
616 viele Menschen – ganz neu, weiter oder wieder – gerne in der Pflege arbeiten. Die  
Ausnahmen  
617 im Arbeitszeitgesetz für den Gesundheitsbereich wollen wir beschränken, um  
Überlastung zu  
618 verhindern und den Personalverlust in Krankenhäusern einzudämmen. Doch  
Wertschätzung braucht  
619 auch Löhne, die sie bezeugen – am besten über gute Tarifverträge. Wir wollen die  
gesetzliche  
620 Pflegeversicherung verpflichten, nur noch mit Anbietern zusammenzuarbeiten, die  
nach Tarif  
621 bezahlen. Die Selbstorganisation und die Einflussmöglichkeiten der professionellen  
Pflege  
622 wollen wir durch den Aufbau einer Bundespflegekammer unterstützen.

## 623 **Ein Cannabiskontrollgesetz**

624 Wir stellen Gesundheits- und Jugendschutz in den Mittelpunkt der Drogenpolitik. Doch  
auf dem  
625 Schwarzmarkt gilt kein Jugendschutz, stattdessen schafft er zusätzliche  
gesundheitliche  
626 Gefahren. Das Verbot von Cannabis richtet mehr Schaden an, als dass es nützt. Wir  
setzen auf  
627 wirksame Prävention, auf Entkriminalisierung und Selbstbestimmung. Deshalb werden  
wir mit  
628 einem Cannabiskontrollgesetz das bestehende Cannabisverbot aufheben und einen  
kontrollierten  
629 und legalen Verkauf von Cannabis in lizenzierten Fachgeschäften ermöglichen.  
Darüber hinaus  
630 wollen wir niedrigschwelliges Drugchecking für psychoaktive Substanzen und andere  
Maßnahmen  
631 zur Schadensminimierung wie die Ausgabe sauberer Spritzen bundesweit ermöglichen,

damit

632 Konsument\*innen nicht durch gefährliche Inhaltsstoffe oder schmutzige Spritzen  
zusätzlich  
633 gefährdet werden. Das heutige Betäubungsmittelrecht evaluieren wir auf seine  
Wirkungen hin.

## 634 **Wir schaffen bezahlbaren Wohnraum**

### 635 **Ein Recht auf Wohnen ins Grundgesetz**

636 Alle Menschen brauchen angemessenen Wohnraum. Wohnen ist ein Recht. Aber es  
wird immer  
637 schwieriger, überhaupt Wohnungen zu finden. Und die Mieten und Immobilienpreise  
steigen  
638 vielerorts immer noch weiter. Großstädte teilen sich immer stärker in  
Einkommensstadtteile  
639 auf, Innenstädten geht das Leben verloren. Deshalb gilt es zu handeln, damit gerade  
auch  
640 Familien und Alleinerziehende, Studierende, Menschen mit Behinderungen, ältere  
Menschen oder  
641 Geringverdiener\*innen nicht in Bedrängnis geraten, sondern weiter gut und sicher  
wohnen  
642 können. Wir wollen das Recht auf Wohnen ins Grundgesetz aufnehmen. Knapp  
700.000 Menschen  
643 sind derzeit wohnungslos in Deutschland, mehr und mehr Familien. Um diesen  
Zustand zu  
644 beenden, wollen wir ein Nationales Aktionsprogramm zur Vermeidung und Bewältigung  
von  
645 Wohnungs- und Obdachlosigkeit auflegen.

### 646 **Krisenbedingte Wohnungsverluste verhindern**

647 Wir wollen Mieter\*innen entlasten und vor einem krisenbedingten Verlust der eigenen  
Wohnung  
648 bewahren. Die Möglichkeit, die Miete nachzuzahlen, soll Zwangsräumungen  
verhindern. Bei  
649 krisenbedingten Einkommensausfällen soll ein Programm der KfW Bank („Sicher-  
Wohnen-Fonds“)  
650 eine finanzielle Unterstützung von Mieter\*innen sicherstellen. Vermieter\*innen, die auf  
651 diese Mietzahlungen angewiesen sind, sollten dann eine staatliche Unterstützung  
erhalten.

### 652 **Neue Gemeinnützigkeit für sozialen Wohnraum**

653 Wir wollen neuen Wohnraum schaffen – und zwar vor allem familiengerecht, öffentlich  
und  
654 gemeinwohlorientiert. Stattdessen gehen immer noch viele weitere Sozialwohnungen  
verloren –  
655 rund 100 jeden Tag. Unser Vorbild ist die Stadt Wien, die mit ihrem großen Anteil an



656 gemeinnützigem und für breite Schichten bezahlbarem Wohnraum eine ausgewogene  
Mischung  
657 sicherstellt. Wir werden deshalb die Mittel für den sozialen Wohnungsbau deutlich  
erhöhen  
658 und verstetigen, statt sie zu kürzen. Wir werden die Kommunen unterstützen, ihre  
bestehenden  
659 Wohnungsgesellschaften zu stärken und neue zu gründen. Dazu wollen wir mit einem  
660 Bundesprogramm „Neue Wohngemeinnützigkeit“ für eine Million zusätzliche, günstige  
661 Mietwohnungen in den Ballungsräumen sorgen, sicher und auf Dauer. Die noch  
vorhandenen  
662 bundeseigenen Bestände sollen nicht mehr an private Investor\*innen veräußert,  
sondern  
663 ausschließlich verbilligt an Kommunen mit einer dauerhaften Sozialbindung  
abgegeben werden.  
664 So wollen wir in den nächsten zehn Jahren den Bestand an Sozialwohnungen um eine  
Million  
665 erhöhen.

### 666 **Starke Mieter\*innen, faire Mieten**

667 Viele Menschen geben einen immer größeren Anteil ihres Einkommens für ihre  
Wohnung aus,  
668 viele können sich ihre Mieten nicht mehr leisten. Unser Ziel sind deshalb faire und  
669 bezahlbare Mieten und starke Rechte für Mieter\*innen. Konkret wollen wir  
Mietobergrenzen im  
670 Bestand mit einem Bundesgesetz ermöglichen und die Mietpreisbremse entfristen und  
671 nachschärfen. Reguläre Mieterhöhungen sollen auf 2,5 Prozent im Jahr innerhalb des  
672 Mietspiegels begrenzt werden. Dazu wollen wir qualifizierte Mietspiegel stärken,  
verbreiten  
673 und rechtssicher ausgestalten. Zur Berechnung sollen die Mietverträge der letzten 20  
Jahre  
674 herangezogen werden. Wir streben an, die Modernisierungsumlage weiter abzusenken  
und auf  
675 maximal 1,50 Euro pro Quadratmeter zu begrenzen, damit energetische Sanierungen  
676 perspektivisch warmmietenneutral möglich sind. Außerdem wollen wir es Mieter\*innen  
677 erleichtern, ihre Wohnungen samt den bestehenden Verträgen zu tauschen. Das  
678 Umwandlungsverbot im Baugesetzbuch und den Milieuschutz auszuweiten sind  
weitere  
679 Instrumente. Dazu stärken wir das kommunale Vorkaufsrecht, und Mietwucher muss –  
nach § 5  
680 Wirtschaftsstrafgesetz – auch tatsächlich geahndet werden.

### 681 **Spekulation mit Bauland und Geldwäsche am Wohnungsmarkt beenden**

682 Wohnen ist ein soziales Grundrecht und der Wohnungsmarkt kein Ort für  
Spekulant\*innen. Zu  
683 häufig werden Immobilien zur Geldwäsche genutzt, das gilt es zu beenden. Ein  
entscheidender

684 Hebel ist Transparenz. Deshalb planen wir, ein Immobilienregister der  
Eigentümer\*innen  
685 einzuführen, die Grundbücher bei begründetem Interesse kostenfrei zugänglich zu  
machen und  
686 Bargeld beim Immobilienverkauf zu verbieten. Außerdem wollen wir den Missbrauch  
von  
687 sogenannten „Share Deals“ zur Steuerumgehung beenden und setzen auf eine  
anteilige  
688 Besteuerung des Immobilienbesitzes bei Unternehmensverkäufen. Die Spekulation mit  
Bauland  
689 soll unterbunden werden. Wenn in Kommunen große Wohnungsnot herrscht, kann sich  
daraus eine  
690 Pflicht für Eigentümer\*innen ergeben, Grundstücke zu bebauen, statt auf höhere  
Preise zu  
691 spekulieren. Auch gegen Fehlnutzungen und spekulativen Leerstand von Wohnraum  
werden wir  
692 vorgehen.

### 693 **Grund und Boden gemeinwohlorientiert**

694 Boden unterscheidet sich von anderen Gütern, weil er prinzipiell nicht vermehrbar ist.  
Bei  
695 Fehlentwicklungen ergibt sich hieraus eine besondere Verpflichtung, staatlich  
einzugreifen.  
696 Knappheit von und Spekulation mit Boden führt zu steigenden Preisen und Mieten. Wir  
wollen  
697 erreichen, dass die öffentliche Hand wieder eine strategische Bodenpolitik betreibt.  
Der  
698 Bund soll seine eigenen Immobilien nicht länger meistbietend verkaufen, sondern  
gezielt die  
699 Schaffung von bezahlbarem und nachhaltigem Wohnraum fördern. Dafür wollen wir die  
700 Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in einen gemeinnützigen Bodenfonds  
umwandeln. Der Fonds  
701 kauft neue Flächen strategisch zu und überträgt sie an gemeinwohlorientierte Träger.  
Die  
702 Flächen sollen bevorzugt in Erbpacht vergeben werden, um Sozialwohnungen  
dauerhaft sichern  
703 zu können. Werden sie veräußert, sollen Kommunen und kommunale  
Wohnungsgesellschaften ein  
704 Erstzugriffsrecht erhalten. Die Einnahmen des Fonds fließen nicht in den Haushalt,  
sondern  
705 werden für den Zukauf weiterer Flächen verwendet.

### 706 **Erwerb von Wohneigentum erleichtern**

707 Wohneigentum ist für viele Menschen ein Lebenstraum, der wegen explodierender  
708 Immobilienpreise in den meisten Regionen des Landes immer schwerer zu erfüllen ist.  
Wir  
709 wollen den Erwerb von Wohneigentum erleichtern. Deshalb soll das Prinzip „wer den  
Makler

710 bestellt, bezahlt“ genauso für Immobilienkäufe eingeführt werden, so wie es für  
711 Maklerprovisionen bei Vermietungen bereits gilt. Wir streben an, die Courtage auf 2  
Prozent  
712 zu begrenzen, damit sie nicht auf verstecktem Weg zu noch höheren Kaufpreisen  
führt. Dazu  
713 wollen wir die Kaufnebenkosten weiter senken, indem wir es den Ländern ermöglichen,  
den  
714 Steuersatz der Grunderwerbssteuer beispielsweise für große Wohnungsunternehmen  
zu erhöhen  
715 und für private Käufer\*innen zu senken. Wir wollen Mietkauf für selbstgenutztes  
Wohneigentum  
716 über die Länder und Kommunen fördern, auch den Kauf und die Modernisierung  
leerstehender  
717 Wohnungen und Ausbauten zu günstigem Wohnraum unterstützen wir. Beteiligungen  
an  
718 Genossenschaften und den gemeinschaftlichen Erwerb durch Mieter\*innen wollen wir  
719 unterstützen, zum Beispiel indem wir günstige Kredite oder Bürgschaften gewähren.

## 720 **Ressourcenschonendes und nachhaltiges Bauen vorantreiben**

721 Wir können die Klimaziele nur mit einer Bauwende hin zu ressourcenschonendem und  
722 nachhaltigem Bauen erreichen. Bei Städtebau und Gebäudeplanung sind Stoff- und  
723 Energieverbrauch bei Herstellung und Betrieb sowie das spätere Recycling  
durchgängig für  
724 alle Gebäude zu berücksichtigen. Konkret setzen wir auf ein Gebäude-Ressourcen-  
Gesetz und  
725 eine Holzbaustrategie, damit wir mit mehr nachwachsenden Rohstoffen bauen können.  
Wir  
726 fördern außerdem die Digitalisierung der Planung am Bau. Um den Flächenverbrauch  
zu  
727 reduzieren, setzen wir auf behutsame Nachverdichtung und unterstützen die  
Kommunen dabei mit  
728 Förderprogrammen.

## 729 **Wir investieren in lebenswerte Dörfer und Städte**

### 730 **Regionale Daseinsvorsorge stärken**

731 Gleichwertige Lebensverhältnisse sind eine Voraussetzung für gutes, selbstbestimmtes  
Leben  
732 überall im Land. Einschränkungen gibt es vielerorts, häufig unterscheiden sie sich von  
733 Region zu Region: Hier fehlt ein Zentrum im Dorf, dort schließen in der Kleinstadt die  
734 Schwimmbäder, und auf dem Land ist das Internet zu langsam. Unser Ziel ist es, dass  
735 individuelle Entfaltung, demokratische Teilhabe und gesellschaftliches Engagement  
überall im  
736 Land möglich sind, auch in strukturschwachen Regionen. Hier brauchen wir gute  
Infrastruktur  
737 und den Zugang zu öffentlichen Gütern in den Kommunen. Deshalb wollen wir  
gemeinsam mit Bund  
738 und Ländern eine neue Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“ im

## Grundgesetz

- 739 einführen. Regionen, die heute mit großen Versorgungsproblemen zu kämpfen haben, sollen  
740 wieder investieren und gestalten können. Ziel ist, anhand von regionalen Indikatoren  
in  
741 allen Bundesländern Förderregionen auszuwählen und die Zusammenarbeit der  
Kommunen in diesen  
742 Regionen zu unterstützen. Mit Regionalbudgets geben wir Bürger\*innen und  
Akteur\*innen vor  
743 Ort die Möglichkeit, ihre Entwicklungsstrategien und Ziele selbst zu bestimmen. Für  
zentrale  
744 Versorgungsbereiche wie Gesundheit, Mobilität und Breitband wollen wir nötige  
745 Mindeststandards formulieren. Eine inklusive und solidarische Gesellschaft braucht  
Orte des  
746 Miteinanders, Orte gegen die Einsamkeit, Orte des gesellschaftlichen Zusammenhalts.  
Das kann  
747 ein Marktplatz sein oder ein Familienzentrum, die Stadtteilbibliothek, der Skatepark,  
der  
748 Kulturbahnhof. Wir wollen eine Bundesstrategie „Orte des Zusammenhalts“ auf den  
Weg bringen.  
749 Mit der gezielten Ansiedelung von neuen Forschungsinstituten und  
Bundeseinrichtungen, vor  
750 allem in Ostdeutschland, können wir strukturschwachen Regionen wichtige Impulse  
geben.  
751 Außerdem unterstützen wir die Idee der Errichtung eines „Zukunftszentrums für  
Deutsche  
752 Einheit und Europäische Transformation“.

## 753 **Solide Finanzausstattung für Kommunen**

- 754 Für eine starke kommunale Selbstverwaltung und eine belastbare öffentliche  
Daseinsvorsorge  
755 braucht es eine solide Finanzausstattung. Viele Kommunen schaffen es jedoch nicht  
einmal  
756 mehr, den ihnen übertragenen Pflichtaufgaben wie etwa der Reparatur von  
Gemeindestraßen oder  
757 der Schulsanierung nachzukommen. Sie waren bereits vor der Corona-Krise  
finanzschwach oder  
758 verschuldet und ihr Handlungsspielraum verkleinert sich zunehmend. Das spüren die  
Menschen  
759 vor Ort unmittelbar. Wenn keine Finanzmittel für freiwillige Leistungen wie Sport- oder  
760 Kultureinrichtungen und deren Erhaltung übrig ist, hat das Auswirkungen auf das  
761 gemeinschaftliche Leben in den Kommunen und auf das Vertrauen in den Staat. Wir  
wollen die  
762 Gemeindefinanzen besser und krisenfester aufstellen. Dazu gehört eine faire  
Unterstützung  
763 bei den kommunalen Altschulden und bei gemeindlichen Corona-bedingten  
Steuerausfällen. Wir  
764 wollen mehr kommunale Investitionen ermöglichen, beispielsweise in Klimaschutz, die  
765 Verkehrswende und Kultureinrichtungen. Dafür soll der Zugang zu Fördermitteln  
einfacher und

766 unbürokratischer werden und sollen die Hürden für die Teilnahme besonders für  
finanzschwache  
767 Kommunen gesenkt werden. Wir wollen, dass Bund und Länder den Kommunen mit  
einer gemeinsamen  
768 Kompetenzagentur für Förderpolitik und Investitionen mit Rat und Tat zur Seite stehen  
und  
769 die Umsetzung von Projekten ermöglichen.

### 770 **Innenstädte retten**

771 Innenstädte und Ortskerne, die man gerne besucht, in denen man verweilt und andere  
Menschen  
772 trifft, tragen enorm zu unserer Lebensqualität bei. Sie bieten kulturellen Austausch  
und  
773 geben dem Leben in Stadt und Land eine Bühne. Wir wollen Stadtzentren und  
Ortskerne  
774 lebenswerter und attraktiver machen. Eine kluge Stadtentwicklungspolitik, nachhaltige  
Verkehrskonzepte und ein Städtebaunotfallfonds sind die besten Voraussetzungen,  
dass auch  
775 der Einzelhandel dort eine Zukunft hat. Dafür wollen wir die Städtebauförderung neu  
776 ausrichten: für schönere Städte, mehr Stadtgrün und Wasserflächen, damit man auch  
777 in Zeiten  
778 immer heißerer Sommer gut in der Stadt leben kann. Mit zusätzlichen Mitteln für  
Smart-City-  
779 Projekte unterstützen wir den Aufbau unabhängiger digitaler Plattformen, mit denen  
der  
780 örtliche Einzelhandel attraktivere Angebote machen kann. Dazu arbeiten wir gegen  
Verdrängung  
781 und Leerstand an. Eine Million neue gemeinnützige Wohnungen sollen in den nächsten  
Jahren in  
782 unseren Städten entstehen. Kleineren Gewerben, sozialen und Kulturprojekten, Clubs  
und  
783 Handwerker\*innen wollen wir mit einem Gewerbemietrecht und über das Baurecht  
eine zentrale  
784 Lage in den Städten ermöglichen. Bundeseigene Immobilien sollen zukünftig nur noch  
an  
785 gemeinnützige, öffentliche oder am Gemeinwohl orientierte Träger abgegeben werden.

### 786 **Ländlich leben, digital arbeiten**

787 Das Leben auf dem Land und im Dorf hat viel zu bieten. Gründer\*innen, Familien oder  
788 Freischaffende – alle brauchen schnelles Internet für ihr Leben. Eine ausreichend  
schnelle  
789 Breitband- und Mobilfunkversorgung gehört zur Daseinsvorsorge, deshalb werden wir  
einen  
790 Rechtsanspruch darauf einführen. Wir schaffen Ankommens- und Bleibeperspektiven  
für Jung und  
791 Alt. Über die Gemeinschaftsaufgabe für Agrar- und Küstenschutz fördern wir  
Wohnprojekte für  
792 alle Generationen, Co-Working, die Aktivierung von Leerstand sowie gemeinschaftliche

und  
793 genossenschaftliche Wohnformen. Bahnhofsgebäude wollen wir als  
gemeinwohlorientierte Räume  
794 zu einladenden Mobilitätsknotenpunkten weiterentwickeln und attraktiver machen.  
Damit  
795 verknüpfen wir die Bahn mit den Ortschaften. Wir unterstützen die Landesprogramme  
zu  
796 Markttreffs: wenn zum Beispiel Supermärkte ihre Flächen so umbauen, dass sie Café,  
Bank- und  
797 Postfiliale integrieren. Kommunen sollen Zuschüsse bekommen, wenn sie öffentliche  
798 Einrichtungen, Sporthalle, Bibliothek, Spielplatz, Working-Space oder Kino unter dem  
Dach  
799 eines Kulturzentrums zusammenfassen.

## 800 **Schnelles Internet überall**

801 Mit weniger als zwei Millionen aktiven Glasfaser-Anschlüssen steht Deutschland im  
OECD-  
802 Vergleich sehr schlecht da. Egal ob Stadt oder Land, ob mobiles Arbeiten oder  
Heimunterricht  
803 – schnelles Internet ist die Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und  
gleichwertige  
804 Lebensverhältnisse. Mit einem Breitband-Universaldienst wollen wir einen  
Rechtsanspruch auf  
805 schnelles Internet für alle schaffen, der sich nicht am Minimalstandard, sondern an den  
806 Nutzungsgewohnheiten der Mehrheit orientiert. Wir sorgen dafür, dass Blockaden bei  
der  
807 Abrufung der Fördergelder für den Netzausbau abgebaut werden und dann auch zügig  
gebaut  
808 wird. Und wir machen Schluss mit der Bandbreiten-Schummelei: Wenn  
809 Telekommunikationsunternehmen nicht die versprochenen Download-  
Geschwindigkeiten liefern,  
810 soll es unkomplizierten pauschalierten Schadenersatz und hohe Bußgelder geben.  
Beim  
811 Mobilfunkausbau gilt es eine flächendeckende Versorgung sicherzustellen, egal in  
welchem  
812 Netz man surft. Wo die Anbieter keine Kooperationsvereinbarungen schließen, um  
Funklöcher zu  
813 schließen, muss notfalls lokales Roaming angeordnet werden, natürlich mit  
entsprechender  
814 Vergütung. Bei zukünftigen Frequenzversteigerungen sollen die Versorgungsaufgaben  
für die  
815 Fläche so angepasst werden, dass sie mit dem steigenden Bedarf Schritt halten –  
insbesondere  
816 entlang von Bahnstrecken und Straßen.

## 817 **Selbstbestimmt im Alter, in Stadt und Land**

818 Wir wollen Selbstbestimmung auch im Alter ermöglichen. Wir wollen den Abbau von  
Barrieren in

819 Wohnungen und im Wohnumfeld stärker finanziell fördern und somit älteren Menschen  
820 ermöglichen, länger als bisher in ihrem vertrauten Quartier selbstbestimmt wohnen zu  
821 bleiben. Gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht Selbstbestimmung. Das wollen wir mit  
822 einem Programm fördern, bei dem Ansprechstellen und Gemeindezentren über  
823 altersgerechtes Wohnen, Weiterbildungsangebote, Pflege und soziale Sicherung sowie Möglichkeiten, sich im  
824 Dorf oder im Stadtteil zu engagieren, informieren. Zur Selbstbestimmung gehört auch, den  
825 eigenen Bedürfnissen entsprechend mobil zu sein, unabhängig vom eigenen Pkw. Dafür muss  
826 das Nahverkehrsangebot in den Städten ausgebaut und auf dem Land erhalten bzw.  
827 intelligent vernetzt werden. Es braucht flächendeckend barrierefreie Zugänge zu allen  
828 öffentlichen Verkehrsmitteln, und die Wege zu ÖPNV und Nahversorgung sollen mit genügend  
829 Möglichkeiten zum Ausruhen und „Kräftesammeln“ ausgestattet werden.